



HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

Ausgabe Mai 2009

Neue Generation von
Durchsuchungsfahrzeugen
Seite 1

GAD-Pauschale/Tagegeld für
Beschäftigte des
Sachgebiets C Seite 1

Arbeitszeit im Sachgebiet C
Seite 2

Angespannte Situation im
Sachgebiet G (Vollstreckung)
Seite 2

Weiteres Roll-Out IT-Verfahren
STRAF Seite 2

Dienstvereinbarung
Ideenmanagement Seite 2

IT-Verfahren ADLER:
Anpassung der
Bildschirmdarstellung Seite 3

Verbeamtung der
übergeleiteten Tarif-
beschäftigten der
Bundesanstalt für Arbeit
Seite 3



Friedrichstraße 169-170
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600
Telefax: 030-4081-6633
E-Mail: post@bdz.dbb.de
Internet: www.bdz.dbb.de

Neue Generation von Durchsuchungs- fahrzeugen

Der Hauptpersonalrat hat in der Woche vom 4. bis 8. Mai 2009 an der Fachtagung der Technischen Beamten für das Kraftfahrwesen in Friedrichroda teilgenommen. Im Rahmen dieser Tagung wurde unter anderem der Prototyp eines „Durchsuchungsfahrzeugs“ vorgestellt. Diese neue Generation von Durchsuchungsfahrzeugen entspricht modernsten Erkenntnissen der Technik sowie den sich aus der Praxis ergebenden Anforderungen. Zurzeit wird dieses Fahrzeug noch arbeitssicherstechnisch überprüft. Nach dem Praxistest in einer Kontrolleinheit Verkehrswege wird eine sogenannte

Leistungsbeschreibung erstellt. Danach kann die Ausschreibung und Beschaffung erfolgen, voraussichtlich noch im Jahr 2009.

Bearbeiter: Knechtel



GAD-Pauschale/Tagegeld für Beschäftigte des Sachgebiets C

Beamtinnen und Beamten des Grenzaufsdienstes (alt) erhalten für regelmäßig durchzuführende Dienstreisen und Dienstgänge von mindestens acht und weniger als 24 Stunden Dauer eine pauschale Aufwandsvergütung von maximal 30 Euro im Monat. Dagegen erhalten Beamtinnen und Beamte der Mobilien Kontrollgruppen (alt) und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit-Prävention (alt) für ihre Dienstverrichtung über acht Stunden Tagegeld. Im Zuge der Umsetzung der neuen Struktur in der Zollverwaltung wurden in den Hauptzollämtern die Sachgebiete C „Kontrolle“ eingerichtet. Die genannten Beschäftigten wurden in diesen Sachgebieten

organisatorisch zusammengeführt. Der Hauptpersonalrat hat den Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF, Hans-Joachim Stähr, auf die unterschiedliche Behandlung durch die Service-Center aufmerksam gemacht und um Prüfung des Sachverhalts gebeten. Mit Schreiben vom 4. Mai 2009 teilte Stähr mit, dass das Service-Center Rostock gebeten wurde, einen Bericht in dieser Angelegenheit vorzulegen. Sobald der in Entwicklung befindliche Kontrollstandard für das Sachgebiet C vorliege, werde die Angelegenheit vom BMF erneut aufgegriffen und der Hauptpersonalrat beteiligt.

Bearbeiter: Höpfner

Arbeitszeit im Sachgebiet C

Der Hauptpersonalrat hatte in einem Schreiben an den Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF, Hans-Joachim Stähr, darauf hingewiesen, dass für die Beschäftigten im neuen Sachgebiet C „Kontrolle“ eine einheitliche Neuregelung der Arbeitszeit erforderlich sein wird. Aus Sicht des Hauptpersonalrats sollte deswegen zwischen Hauptpersonalrat und BMF eine Rahmendienstvereinbarung abgeschlossen werden. Ein vordringlicher Handlungsbedarf wird für eine Arbeitszeitregelung für die

zukünftigen Beschäftigten auf den SWATH-Booten gesehen. Um der Eilbedürftigkeit einer Regelung für die SWATH-Boote vorab gerecht zu werden, hat der Hauptpersonalrat dem BMF vorgeschlagen, hierfür zunächst eine mit dem Hauptpersonalrat abgestimmte Erlassregelung zu treffen. Damit wäre der Leitung des Hauptzollamts Itzehoe und der dortigen Personalvertretung die Möglichkeit gegeben, unverzüglich Einzelheiten im Rahmen einer individuellen Dienstvereinbarung zu regeln. Eine Rahmenvereinbarung

zwischen Hauptpersonalrat und BMF zur Arbeitszeit in den Sachgebieten C könnte dann nach dem Vorliegen fachlicher Standards erarbeitet werden. Die für die SWATH-Boote vorgezogene Regelung könnte darin übernommen werden. Die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF hat diesem Vorschlag zugestimmt und die umgehende Erarbeitung und Abstimmung des Erlasses zugesagt.

Bearbeiter: Höpfner

Angespannte Situation im Sachgebiet G (Vollstreckung)

Dem Hauptpersonalrat lagen Eingaben mehrerer Personalvertretungen zur Situation der Aufgabenerledigung im Sachgebiet G (Vollstreckung) der Hauptzollämter vor. In den Eingaben wurde ausführlich die Situation im Sachgebiet G darge-

stellt und mit großem Nachdruck um Unterstützung gebeten. Auch nach Meinung des Hauptpersonalrats erfordert die angespannte Situation in den Sachgebieten G dringend eine Verbesserung. Deshalb hatte der Hauptpersonalrat die Angelegenheit

zur gemeinschaftlichen Besprechung im Mai 2009 angemeldet. Zur Darstellung der gesamten Problematik wird eine Sonderausgabe „HPR aktuell“ vorbereitet.

Bearbeiter: Eberle, Höpfner

Weiteres Roll-Out IT-Verfahren STRAF

Wie in der letzten Ausgabe des „HPR aktuell“ berichtet, hatte der Hauptpersonalrat in seiner April-Sitzung 2009 dem weiteren Roll-Out des IT-Verfahrens STRAF wegen der Möglichkeit einer personenbezogenen Verhaltens- und Leistungskontrolle nicht zugestimmt. Die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF hat daraufhin sofort reagiert und alles in die Wege geleitet, damit die vorgebrachten Beanstandungen ausgeräumt werden. Die für die Auswertung durch den Sachgebietsleiter vorgesehene sogenannte „Auslastungsliste“ wurde in den

Teilen „Aktenstatus“, „steuerliche Maßnahmen“ und „strafrechtliche Entscheidungen“ so verändert, dass nun lediglich eine Auswertung pro Team und damit eine personenbezogene Verhaltens- und Leistungskontrolle nicht mehr möglich ist. Der Berichterstatterin wurden diese Veränderungen im Rahmen einer Präsentation beim Hauptzollamt Berlin vorgestellt. Damit wurde den Einwendungen des Hauptpersonalrat Rechnung getragen, sodass der Hauptpersonalrat dem weiteren Roll-Out des IT-Verfahrens STRAF jetzt zustimmen konnte. Ein Wer-

mutstropfen bleibt jedoch: Die schon seit längerem und auch jetzt wieder von den Personalräten eingeforderte Schnittstelle zum IT-Verfahren INZOLL-NEU lässt weiter auf sich warten. Mit einer Realisierung ist frühestens 2010/2011 zu rechnen. An dieser Stelle bedankt sich der Hauptpersonalrat besonders bei den Personalvertretungen der Hauptzollämter Bremen und Hamburg-Stadt für Ihre Unterstützung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens.

Bearbeiterin: Franze

Dienstvereinbarung Ideenmanagement

Dem Hauptpersonalrat sind aufgrund einer durchgeführten Abfrage etliche Eingaben von Personalvertretungen zum Entwurf einer Dienstvereinbarung Ideenmanagement vorgelegt worden. Diese wurden

mit Vertretern des BMF ausführlich diskutiert und geeignete Beiträge in eine überarbeitete Fassung übernommen. Das BMF wird hierzu noch eine referatsinterne Abstimmung vornehmen, bevor das formelle

Beteiligungsverfahren eingeleitet werden kann.

Bearbeiter: Eberle

IT-Verfahren ADLER: Anpassung der Bildschirmdarstellung

Der Hauptpersonalrat hatte Ende 2008 gegenüber dem BMF die ungenügende Bildschirmdarstellung im IT-Verfahren ADLER thematisiert. Ganz aktuell unterrichtete das BMF den Hauptpersonalrat über den derzeitigen Sachstand. Demnach wird das ZIVIT im Rahmen der Verfah-

renspflege die Masken schrittweise mit einer ergonomisch verbesserten Darstellung neu gestalten und die Bildschirmauflösung auf 1024 x 768 Pixel optimieren. Vorgesehen ist, dass ab dem 1. Januar 2010 die hauptsächlich benötigten Masken im neuen Layout erscheinen. Der

Hauptpersonalrat begrüßt, dass das BMF und das ZIVIT trotz der großen Arbeitsbelastung schnell reagiert haben und damit für die betroffenen Beschäftigten eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden kann.

Bearbeiter: Eberle

Verbeamtung der übergeleiteten Tarifbeschäftigten der Bundesanstalt für Arbeit

Das BMF hat den Hauptpersonalrat über einen Erlass zur Neugestaltung des Verbeamtungsverfahrens im Zusammenhang mit der Anwendung der neuen Bundeslaufbahnverordnung informiert. Die Feststellung der Laufbahnbefähigung für den Bereich des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes wird weiterhin nach Maßgabe des Sonderwegs vom Bundespersonalausschuss festgestellt. Für den Bereich des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes sind weitgehend die geforderten Vorbildungsvoraussetzungen vorhanden, sodass die Anerkennung der Laufbahnbefähigung ohne Be-

teiligung des Bundespersonalausschusses und damit zeitnah – unabhängig von den Sitzungsterminen des Bundespersonalausschusses – erfolgen kann. Des Weiteren regelt der Erlass die künftige Verfahrensweise bei der Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt. Insbesondere wird die Bemessung angemessener Erfahrungszeiten an ein in der Bundeslaufbahnverordnung verankertes Leistungsprinzip gekoppelt. Von Tarifbeschäftigten mit einer aktuellen Beurteilung von „tritt hervor“ oder besser wird ein zusätzliches Jahr, von Tarifbeschäftigten mit einer aktuellen Beurtei-

lungsnote „entspricht voll den Anforderungen“ oder „entspricht den Anforderungen“ werden zwei zusätzliche anrechenbare Berufsjahre gefordert, um in dem ersten Beförderungsamte (Besoldungsgruppe A 7) verbeamtet zu werden. Grundsätzlich verkürzen sich aufgrund der Neuregelungen die anrechenbaren Vordienstzeiten für eine Verbeamtung im Beförderungsamte nach Besoldungsgruppe A 7 gegenüber dem bisherigen Recht.

Bearbeiter: Knechtel